

Riesaer Tageblatt

Dienstzeitlich
Tageblatt Riesa,
Numm. Nr. 20,
Vorjahr Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Vollschlechte
Dresden 1888
Gießerei
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches Blatt.

Nr. 214.

Mittwoch, 12. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverlusten, Schätzungen der Rohstoff- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis zu 20 mm breite, 3 mm hohe Gründungszeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kolumnenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Keine Tarife. Gewöhnliche Abrechnung erlaubt, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Sitzung- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeiträge: 10 Pfennige an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Absetzung oder Reduzierung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Was nun?

Die Briand-Rede in Genf hat in der Weltöffentlichkeit das Echo gefunden, das sie verdiente: in allen Staaten, die eine Abrüstung ehrlich durchführen wollen, löste sie das größte Interesse aus, in Paris und in den Nationen, die Frankreich innerlich verbunden sind, fand sie großen Beifall. Nachdem jetzt die erste Einladung in Deutschland über die Briand-Rede vertraut ist, werden sich die verantwortlichen politischen Kreise des Reichs die Frage stellen müssen, insoweit durch die Stellungnahme des französischen Außenministers sich die politische Situation verändert hat. Wenn man bereit ist, irgendeine Folgerungen aus der Briand-Rede zu ziehen, so wird man sich auch bewusst sein müssen, daß die Worte des französischen Außenministers eine völlige Klarheit geschaffen haben. Diese Klarheit ist das große positive Ergebnis der Briand-Rede, ist ein Ergebnis, das für die zünftige Politik des Reichs von ausschlaggebender und richtungweisender Bedeutung ist. Schon wenige Augenblicke nach dem Verhallen der Worte Briand hat man vielfach versucht, die Klarheit der neuen Stellungnahme des französischen Außenministers insoweit etwas zu verwischen, als man trachtete, die Schärfe der Briand-Worte, die Ungeheuerlichkeit seiner Argumente, das fränkende Misstrauen gegen Deutschland mit einer gewissen Verjährung, einer Verbosigkeit, einer Gerechtigkeit Briands zu entschuldigen. Man hat gesagt, daß der französische Außenminister durch die Ausführungen des Reichskanzlers Hermann Müller sich getroffen gefühlt habe, und daß es in der Hauptsache die große Empfindlichkeit Briands gewesen wäre, die ihn zu seinem bestürmten Ausfall geführt hätte. Aus den Bemühungen der französischen Delegation in Genf, die Wichtigkeit der Briand-Rede abzuschwächen, versucht man weiterhin vielfach zu trocken, daß es sich nur um eine Affäre gehandelt habe, deren Echo Briand jetzt selbst am meisten bedauert. Wir halten diese Versuche deshalb für äußerst bedenklich, weil sie das einzige Positive der Briand-Rede wieder vertuschen. Wir können uns nicht zu der Überzeugung finden, daß Briand eine persönliche Verärgerung zu staatspolitischen Aktionen führen könnte. Denn um eine staatspolitische Aktion handelte es sich hier bei dieser Rede. Sie wurde gehalten von der offiziellen Bildung des Deutschen Volkerbundes, sie hatte, wie von vornherein ausdrücklich betont wurde, den Charakter einer Antwort an Reichskanzler Hermann Müller, sie konnte schon deshalb keine Affäre sein, weil ähnlich den Ausführungen des deutschen Delegationführers und der Briand-Rede ein Zwischenraum von zwei Tagen lag, der eine Affärehandlung ziemlich ausschloß. Im übrigen haben die letzten zehn Jahre das Charakteristikum Briands scharf umrisen. Die Welt hat ihn als einen sehr fähigen, politisch höchst gefüllten, wohl berechnenden Staatsmann gesehen. Aus seiner letzten Rede nur das Moment einer persönlichen Verärgerung herauszulösen heizt daher der Persönlichkeit Briands unrecht tun, ihm seine staatsmännischen Fähigkeiten abzusprechen, ihn als einen schlechten Politiker schelten. Und dies ist Briand ganz bestimmt nicht.

Deutschland kann also einen Gewinn aus der Briand-Rede nur dann schöpfen, wenn es sich der lädenlos und unverhüllt gegebenen Klarheit bewußt ist. Frankreich hat durch seinen Außenminister erklären lassen, daß es die Abrüstung nicht will, weil noch nicht genügend Garantien gegeben seien. Es erträgt sich, noch einmal darauf hinzuweisen, mit welchen Argumenten Briand das Gehör dieser Garantien nachweisen wollte. Aus der ganzen Haltung der französischen Delegierten in den Sitzungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission, jetzt auch aus den Wörtern Briands geht die Tatsache hervor, daß die Abrüstungswilligen Völker und die Nationen, die die Abrüstungen hinterziehen wollen, unter dem Wort „Garantie“ etwas ganz verschiedene verstehen. Die Abrüstungswilligen sehen in den Sicherheiten nur die Schutzmöglichkeiten vor militärischen Angriffsliegieren. Die Abrüstungsgegner, also hier in erster Linie Frankreich, bewerten das Wort „Garantie“ als eine Veranterwortung des durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zustandes für sich und ihre Verbündeten. Selbstverständlich hat die letztere Begeisterformulierung des Wortes „Garantie“ mit der Abrüstungsfrage selbst recht wenig zu schaffen. Das sie dennoch in die ganze Abrüstungsdebatte hineingeworfen wird, ist nur ein Beweis dafür, daß mit einer solchen Methode die Abrüstung nicht nur nicht vorwärts gebracht werden kann, sondern auch bewußt sabotiert wird.

Man hat also in Deutschland zu erkennen, daß Frankreich nicht abrüsten will. Das es nicht abrüsten kann, weil es glaubt, durch eine Verminderung seines Machtstandes auch den Bestand des Versailler Vertrages in Sicherheit zu ziehen. Kann es wegen des Versailler Vertrages nicht abrüsten, so kann es auch wegen des Versailler Vertrages nie nicht zu einer bedingungslosen fröhlicheren Räumung des Rheinlandes verstreben, zu einer Aufgabe der Friedensschuld, zu einer Festlegung der deutschen Reparationspflicht — weil eben der Verzicht auf das eine oder das andere ein Abhängelos der Versailler Bestimmungen für die französische Mentalität bedeutet würde.

Wenn aber Frankreich sich an den Buchstaben des Versailler Vertrages anflammt, an die Abrüstung, an die weitere Befragung, so kann es eine Verständigung einholen nicht wollen. Es kann zwar seine Politik Deutschland gegenüber mit dem Mantelchen der „Verständigung“ umhüllen. Aber diese als Verständigung benannte Politik ist schlechterdings Diktatopolitik, Siegropolitik, Machtpolitik.

Der Beginn der Räumungs-Konferenz. Die gemeinsame Besprechung über die Rheinlandfrage in Genf.

Genf, 11. September. Die heute nachmittag abgehaltene gemeinsame Besprechung der Hauptdelegierter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgien und Japans am Ely der englischen Delegation dauerte zweieinhalb Stunden. Das gemeinsam vereinbarte Communiqué besagt: „Heute nachmittag fand in der in Aussicht genommenen, gemeinsamen Besprechung über die Rheinlandräumung ein Meinungsaustausch statt, der am nächsten Donnerstag vormitig 10 Uhr seine Fortsetzung findet.“

Wie weiter verlautet, wird der belgische Minister des Innern Homans, der heute abend nach Brüssel reist und Ende der Woche in Genf zurück sein will, bei der zweiten Besprechung durch den früheren belgischen Botschafter in London, Baron Roncourt, vertreten. Der französische Minister des Innern Briand, der am Freitag an einem Ministerrat teilnehmen beabsichtigt, wird auch an der zweiten gemeinsamen Besprechung persönlich teilnehmen.

Französische Stimmen zur Besprechung über die Rheinlandräumung.

Paris. (Anspruch) Über die gestrige Unterredung der Delegierten der an der Rheinlandfrage interessierten Mächte ist Lord Lansdowne glaubt der Generaldirektor des „Petit Parisien“ nähere Einzelheiten melden zu können.

Nachdem der Reichskanzler und Briand, so erklärt er, sich über die Bedeutung ihrer Reden vor der Volksbundversammlung Gedanken hätten, habe man die These Berlins angehört, nach der die sofortige Räumung für Deutschland ein unabreitbares Recht sein würde, das sich ergebe aus der loyalen und vollständigen Ausführung der Klauseln des Entgegengesetzten Artifels 48. Oben habe man die entgegengesetzte These entwickelt, diejenige von dem politischen, militärischen und finanziellen Pfand und den Leistungen, die die Alliierten sowohl vom Standpunkt der Sicherheit wie vom Standpunkt der Reparationen aus noch zu fordern berechtigt seien. Man habe wieder von Thionville und dem Reichskanzler Hermann Müller einerseits, sowie den Delegierten der alliierten Mächte andererseits aufnommen worden. Das Parlament muß meiner Ansicht nach, sobald es wieder zusammentritt, über diese Unterredungen unterrichtet werden und zu den dadurch aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen. Ich sage Ihnen, daß ich persönlich, wenn ich auch das volle Vertrauen zu Ihrer, bereits durch so hervorragende und fruchtbare Ergebnisse gekennzeichneten Friedenspolitik habe, doch wünsche, die Haltung kennen zu lernen, die die Regierung in diesen Fragen einzunehmen beschlossen hat.

unterstrich die mit der Abrüstung vollbrachte ungebene Leistung Deutschlands. Als Beispiel führte er an, daß allein von 40 000 Offizieren 38 000 entlassen werden mühten. Des Weiteren führte der Reichskanzler aus, daß im jetzigen militärischen Leben die Kriegsmittel, besonders schwere Artillerie, Tanks usw., ausdrücklich seien, über die aber Deutschland nicht verfüge, und daß andererseits die Erfahrung gezeigt habe, daß die Herstellung solcher Kriegsmittel lange Zeit in Anspruch nehmte.

Der Reichskanzler sprach ferner von der These, nach der ein Verlust, das Deutschland übrigens aufgezogenen worden sei, den Kern für ein Volkssheer abgebe, wobei er darauf hinwies, daß im modernen Krieg die Angriiffskraft ausschlaggebend sei, und an das Beispiel Englands und Amerikas erinnerte, die lange Zeit gebraucht hätten, bevor sie im letzten Krieg die entsprechende Umrüstung vollzogen hätten. Das gleiche Argument gelte auch für die immer wiederkehrende Behauptung von der schnellen Umstellungs möglichkeit der Friedensindustrie auf Kriegsindustrie. Besonders der Rheinlandräumung erinnerte schließlich der Kanzler an seine Regierungserklärung, in der er bereits angekündigt habe, daß die Reichsregierung Besprechungen über die Rheinlandräumung anstrebe, für die sie sich sowohl auf juristische als moralische Gesichtspunkte berufen könne. In diesem Sinne sei heute eine erste gemeinsame Besprechung eröffnet worden, über die ein Communiqué ausgesetzt werde, dem er schon aus dem Grunde nichts hinzufügen brauche, weil der deutsche Standpunkt hinreichend bekannt

Interpellationen wegen der Räumungsfrage.

Paris. Der radikale Abgeordnete Montigny hat Minister des Innern Briand, davon in Kenntnis gebracht, daß er ihn nach Wiederauflammlung des Parlaments über seine Unterredungen in Genf, die Frage der Rheinlandräumung und das Gesamtproblem der deutsch-französischen Beziehungen interpellieren werde. Zur Begründung führt Montigny in seinem Schreiben an: Besprechungen von höchster Bedeutung für Frankreich sind in Genf zwischen Ihnen und dem Reichskanzler Hermann Müller einerseits, sowie den Delegierten der alliierten Mächte andererseits aufgenommen worden. Das Parlament muß meiner Ansicht nach, sobald es wieder zusammentritt, über diese Unterredungen unterrichtet werden und zu den dadurch aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen. Ich sage Ihnen, daß ich persönlich, wenn ich auch das volle Vertrauen zu Ihrer, bereits durch so hervorragende und fruchtbare Ergebnisse gekennzeichneten Friedenspolitik habe, doch wünsche, die Haltung kennen zu lernen, die die Regierung in diesen Fragen einzunehmen beschlossen hat.

Ein Appell zur Abrüstung an den Volksbund.

Genf. (Anspruch) Die Vertreter von 11 internationalen Verbänden, darunter der Weltverband der Friedensgesellschaften, Zahlreiche und dem Generalsekretär des Volksbundes, Sir Eric Drummond, einen gemeinsamen Appell überreicht, wonach der Volksbund endlich praktische Maßnahmen in der Richtung auf baldige Verminderung der Abrüstung erzielen sollte. Präsident Zahlreiche erklärte, daß der Volksbund in dieser Richtung noch nicht so weit vorwärts geschriften sei, wie es wünschenswert wäre. Durch die bisherigen Arbeiten sei bereits manche Schwierigkeit beseitigt worden. Mit einer endgültigen Lösung müsse aber das Gefühl des Friedens und der Sicherheit in der Welt sich weiter festigen.

Hier ist die feste Mauer, an der sich bis jetzt der deutsche Verständigungsbüro wund gelauzen hat. Da Deutschland aber die Verständigung braucht, weil es die Abrüstung haben will, die Rheinlandräumung, die Befestigung der wirtschaftlichen Verlässlichkeit, so darf es sich von einer festen Mauer von seinem Willen nicht abringen lassen. Es gibt eine große Weise von Nationen, die das Gleiche wollen wie Deutschland. Auch die neutralen kleinen Staaten können eine Macht werden, wenn sie sich zusammenfassen. Sie und der Reste wären heute Weggewissen, die Deutschland gebrauchen könnten.

Die Trauerfeier für Graf Brodorff-Rankau.

Berlin. Gestern mittag fand in der Dreifaltigkeitskirche eine Trauerfeier für den verstorbenen deutschen Botschafter in Moskau Grafen Brodorff-Rankau statt. Neben den Angehörigen, Bruder und Neffen des Verstorbenen und zahlreichen Freunden, war in Vertretung des Herrn Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Meissner, als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Curtius in Begleitung des Ministerialdirektors v. Dadenow von der Reichskanzlei

ferner die Reichsminister Dittfeld und Dietrich-Baden erschienen. Vom Auswärtigen Amt nahmen unter Führung des stellvertretenden Staatssekretärs, Ministerialdirektors Dr. Köpke die Direktoren, Direktoren und Vortragenden Räte, sowie Vertreter der Beamtenorganisation des Amtes teil. Die preußische Regierung war durch Staatssekretär Dr. Weidmann vertreten. Vom Diplomatischen Korps bemerkte man die Botschafter Rumäniens Pojora, Dr. Spinola de los Monteros, von der Russischen Botschaft unter anderem Frau Kreiski, den Leiter der russischen Handelsvertretung Bege und die Gattin des russischen Volkskommissars Puntachowski und fast sämtl. in Berlin akkreditierten Gesandten. Vertreter des Reichsheeres, des Marine, sowie anderer Behörden mit ihren Damen nahmen in großer Zahl an der Feier teil, die von Orgelläuten, Gebet und einer warmen Begrüßung des Verstorbenen durch den Pfarrer Dr. Baumgarten ausgefüllt war. kostbare Blumenspenden, die den Sarg deckten, zeugten von der allgemeinen Teilnahme an dem Tod des hervorragenden Diplomaten, dessen Bestattung auf seinem Guile Annettehöhe bei Schleswig erfolgen wird.